

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

№. 23 • 38. Jahrgang

Berlin, den 4. Juni 1932

Die Manöver der Unternehmer

Der nun offen ausgebrochene und von den Unternehmern im Buchdruckgewerbe mutwillig heraufbeschworene Konflikt über den Reichstarif der Hilfsarbeiter hat bis jetzt an der Situation im Gewerbe noch nichts geändert. Der Zentralausschuß des Deutschen Buchdrucker-Bereins und der Zeitungsverleger hat eingehend zur Lage Stellung genommen und seine Auffassungen den Unterorganisations des DBV. und AGez. zur Kenntnis gebracht. Die weitere Behandlung dieser tariflichen Frage soll nun in den Händen der Unterverbände liegen. Zum offenen Angriff sind die Unternehmer nicht übergegangen, diese Taktik erscheint ihnen noch wenig aussichtsreich; statt dessen versuchen sie, in einzelnen Bezirken zu Verhandlungen über einen örtlichen oder regionalen Lohnabschluß für das Hilfspersonal zu kommen. Sie haben also ihre erste Forderung bei den zentralen Tarifverhandlungen wieder aufgenommen und wollen sie durch ihre Unterverbände in den einzelnen Landesteilen durchsetzen. Das ist anscheinend die Taktik, die der Zentralausschuß der Unternehmerverbände zur Zeit für richtig hält und beschlossen hat. Die Prinzipale sind bemüht, auf anderem Wege zu erreichen, was ihnen bei den Tarifverhandlungen nicht gelang. Von ihrer zuletzt gestellten Forderung auf Herabsetzung der Hilfsarbeiterlöhne bis zu 11 Proz. bei reichstariiflicher Bindung sind sie wieder abgegangen, bei örtlichen oder bezirklichen Abschlüssen hoffen sie mehr zu erreichen.

Dabei machen sich die Unternehmer die Begründung ihrer Forderung auf erneuten Lohnabbau und ihrer Haltung bei diesem Tarifkampf recht leicht. Sie behaupten einfach, weil es Arbeiterkategorien gibt, die noch weniger als die Hilfsarbeiter im Buchdruckgewerbe verdienen, seien die Hilfsarbeiterlöhne überhöht und mühten den Verdiensten dieser Arbeitergruppen angeglichen werden. Daß Arbeitsleistung und -qualität der Hilfsarbeiter im Buchdruckgewerbe oft nicht in Vergleich zu stellen ist mit der Tätigkeit der von den Unternehmern meist zur Beweisführung herangezogenen ungelerneten Arbeitergruppen, deren Mindestlöhne nur auf dem Papier stehen und durch Akkordverdienst immer übertroffen werden, verschweigen sie wohlweislich, damit sie in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken können, als seien die Tariflöhne des Hilfspersonals wirklich so hoch, daß die armen Buch- und Zeitungsverleger dabei zugrunde gehen müssen. Diese Argumentation der Unternehmer ist nicht neu und bei verschiedenen Anlässen zum Ausdruck gekommen, nur jetzt glauben sie mit ihrer Taktik bei der ungünstigen Wirtschaftslage mehr Erfolg zu haben.

In der letzten Nummer ihrer „Zeitschrift“, dem offiziellen Organ des Deutschen Buchdrucker-Bereins, machen sie sich Gedanken in einem Artikel: „Was wird mit den Hilfsarbeitern?“ Sie „stellen fest“, daß die von ihnen gefordertenmäßigen Prozentabschlüsse höchstens vom Standpunkt des Reichstarifs zu vertreten wären und daß dadurch „die Hilfsarbeiterlöhne längst nicht auf das Niveau der an vielen Orten an entsprechende Arbeiterkategorien anderer Berufe gezählten Löhne herabgedrückt worden wären“. Gleich in der nächsten Zeile aber lassen sie uns wissen, „daß eine solche Angleichung jedoch notwendig ist und eintreten muß“ eben durch die nun von ihnen und schon früher gestellte Forderung auf örtliche oder regionale Abschlüsse. Die Prinzipale sind also durchaus nicht der Ansicht, daß ihnen die „mäßige“ Senkung von „nur“ 11 Proz. bei den Kolleginnen genügt, mit der sie sich vorerst bescheiden abgefunden hätten bei Zustimmung der Hilfsarbeitervertreter, sie verlangen eine viel stärkere Herabsetzung der Löhne, da Unternehmer anderer Gewerbe nach ihrer Behauptung die an- und ungelerneten Arbeiter noch schlechter entlohnen. Von

dieser Forderung würden die Prinzipale auch nicht abgesehen haben, wenn unsere Verhändler ihrem letzten Vorschlag zugestimmt hätten, in wenigen Wochen wären sie wahrscheinlich, das lassen sie ja deutlich durchblicken, doch wieder damit gekommen, um die sogenannte Angleichung zu erzielen. Sie sollen daher nicht versuchen, uns und der Öffentlichkeit blauen Dunst vorzumachen.

Ebenso verhält es sich mit der Schlussbemerkung des Zeitschriftartikels, in dem behauptet wird, daß die Gehilfen „durch ihr rechtzeitiges Einlenken eine Gefährdung des Tarifgedankens vermieden“ haben. Richtig ist vielmehr, daß es den Gehilfen gelungen ist, gegenüber dem von ihnen abgelehnten Schiedspruch ganz beachtliche Verbesserungen zu erzielen. Der schon oft gemachte Versuch, die Gehilfen gegen die Hilfsarbeiter auszuspielen, wird auch in diesem Falle mißlingen.

Die Unternehmer haben sich durch ihre Halsstarrigkeit in keine beneidenswerte Lage hineinmanövriert und daher nicht geringe Mühe, mit dem jetzigen Zustand fertig zu werden. Die Mantel- und Lohnbestimmungen des Reichstarifs für das Hilfspersonal bestehen unverändert weiter, obwohl der Tarif schon seit Monatsfrist abgelaufen ist. Solange die Prinzipale den Hilfsarbeitern das Arbeitsverhältnis nicht aufkündigen, müssen sie die alten tariflichen Bestimmungen, die auf den Einzelarbeitsvertrag übergegangen sind, in jeder Hinsicht einhalten. Ihre Vereinbarungen mit den Gehilfen, die durch Schuld der Unternehmer für die Hilfsarbeiter nicht Gesetz geworden sind, haben für uns keine Geltung. Was die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 43 ihren Lesern Glauben machen will, stimmt nicht. Die geänderten Bestimmungen des Gehilfentarifs gehen uns vorläufig gar nichts an. Das bedeutet, daß die neuen Bestimmungen über die Urlaubsbezahlung, Schichtaufschläge, Ausdehnung der täglichen Arbeits-

zeitspanne, prinzipalsseitige Anordnung der Kurzarbeit und Verkürzung der Anlagensfrist beim Übergang zur Kurzarbeit usw., um mit den Worten der „Zeitschrift“ zu sprechen, auf die Hilfsarbeiter nicht ausgebeht werden können. Und diesen Zustand haben die Prinzipale selbst herbeigeführt, weil sie eine Verständigung mit den Vertretern des Hilfspersonals verhindert haben. Unsere Verhändler waren jederzeit bereit, mit den Unternehmern zu einer neuen tariflichen Vereinbarung zu gelangen auf Grund der Verlängerung der alten reichstariiflichen Hilfsarbeiterbestimmungen, diese hat die Gegenseite durch übertriebene Forderungen vereitelt und daher die Gelegenheit verpaßt, die freie Vereinbarung mit den Gehilfen auch auf die Hilfsarbeiter auszudehnen, was bei Verständigungswillen der Unternehmer leicht möglich gewesen wäre. Jetzt von uns diese Anerkennung zu verlangen, nachdem die Unternehmer den Tarifstreit auf die Spitze getrieben haben, ist reichlich naiv. Aber die „vielgerühmte Solidarität der Arbeiterinteressen“ alberne Bemerkungen zu machen, beweist nur, daß die Prinzipale davon nichts verstehen, vielleicht verpirren sie noch, was es mit der Solidarität der Arbeiter im Buchdruckgewerbe auf sich hat.

Wir werden gegen eine neue Lohnherabsetzung selbst in dem „geringen“ Ausmaß der letzten Unternehmerforderungen unsern ganzen Widerstand aufbieten. Erstrebenswert ist uns nur ein Reichstarif, der die alten Lohnbestimmungen wieder enthält. Es liegt an den Prinzipalen, rechtzeitig einzulernen und den Frieden im Gewerbe nicht zu gefährden. Alle Mitgliedschaften haben erklärt, daß sie mit der Stellungnahme der Verbandsleitung voll einverstanden und nicht gewillt sind, den Zumutungen der Unternehmer nachzugeben. Daraus mögen die Prinzipale und ihre Führung, die es in der Hand hat, mit einem Schlag den Konflikt aus der Welt zu schaffen, ersehen, wie es um unsere Position bestellt ist und was mit den Hilfsarbeitern wird.

Gewerkschaften und Wirtschaftskrise

II. Das Krisenprogramm der Gewerkschaften

Ein Vertreter der äußersten Rechten, der Abgeordnete Gregor Straßer, hat ein Helbenepos vorgetragen über die Art, wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sich die Vinderung der Not denkt. Sie habe sich jetzt entschlossen, nicht zu warten, bis sie in den Besitz der Macht komme, sondern sie will das bis dahin sorgfältig gehütete Geheimnis dessen, was sie tun wolle, heute schon auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen und preisgeben. Demgegenüber darf ich daran erinnern, daß die von dieser Seite so viel geschmähten freien Gewerkschaften und die übrigen Gewerkschaften sowie die Sozialdemokratische Partei seit mehr als zwei Jahren unausgeseht an allen Stellen gewirkt und geböhrt, gemahnt und gefordert haben, rechtzeitig einzugreifen, ehe die Arbeitslosigkeit mit ihren schrecklichen Folgewirkungen sich zu einer solchen Lawinengefahr auswachse.

Die Forderungen der letzten Jahre

Im Januar 1930 haben die Spitzengewerkschaften ein planmäßige Arbeitsbeschaffung, im Februar ein Verbot der Überstunden und Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Im Mai 1930 wurde auf einer großen Kundgebung eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden gefordert. Man hat darauf hingewiesen, es sei notwendig, die Auftragserteilung zu rationalisieren, es sei ein volkswirtschaftlich unerhörter Zustand, daß in einer Zeit, in der Aufträge aus der Privatwirtschaft noch einigermaßen für Beschäftigung sorgten, mit Überstunden gearbeitet werde, während

nach Ablauf der Lieferungsfristen dieser Aufträge keine Möglichkeit vorhanden sei, solche der öffentlichen Hand zu erlangen.

Im Februar 1931 sind die Spitzengewerkschaften beim Reichspräsidenten gewesen. Sie haben ihm als dringendste Gegenwartsaufgabe vorgestellt die Wiedereinführung der Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozess und haben zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand gefordert. Wir haben dieses Programm im Sommer vorigen Jahres auf unserem Kongress in Frankfurt erweitert, wo wir den Gedanken aufgriffen, den der — und die deutsche Arbeiterchaft ohne Unterschied der Parteirichtung wird sich dieser meiner Trauer anschließen — leider allzusehr dahingeschiedene Direktor des Internationalen Arbeitsinstituts, Albert Thomas, mit der ganzen Energie, die ihm innewohnte, und mit dem ganzen Eifer der Begeisterung, über die er verfügte, durchzusetzen versuchte, eine Arbeitsbeschaffung mit internationaler Kreditbeschaffung, eine Aufgabe, die unseren deutschen Arbeitsmarkt jedenfalls wesentlich zu unseren Gunsten entlastet hätte.

Wir haben es auf unserem Risikokongress am 13. April bei der Feststellung des derzeitigen Zustandes als einen Skandal bezeichnet, daß angesichts einer Arbeitsloseniffer von mehr denn 6 Millionen in Deutschland in gewissen Erwerbszweigen immer noch über 48 Stunden gearbeitet wird und darüber hinaus vielfach sogar noch Überstunden gemacht werden, daß den Arbeitslosen und den zum Teil viele Jahre Arbeitslosen — mir ist bekannt, daß es in der Schuhindustrie Zehntausende gibt, die seit 6 Jahren ununterbrochen

arbeitslos sind — von Pensionären und Doppelverdienern das Brot weggenommen wird.

Der Krisenkongreß der Gewerkschaften hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt, von denen wir uns eine unmittelbare Wirkung versprechen.

Die Not der arbeitslosen Jugendlichen

Es ist notorisch, daß heute das jüngere Element den größeren Anteil der Beschäftigungslosen abgibt, nicht nur vielfach aus philanthropischen Erwägungen der Arbeitgeber heraus, die die älteren Arbeiter länger in den Betrieben lassen, sondern auch infolge von Maßnahmen, zu denen das Betriebsrätegesetz die Handhabe gibt. Der Buchdruckerverband hat vor kurzem eine statistische Erhebung vorgenommen, die fünf Siebentel der gesamten Mitglieder umfaßte, und er hat festgestellt, daß von den in diesem Spielraum gezählten 16 000 arbeitslosen Mitgliedern 8157, also über 50 Prozent, im Alter von 18 bis 25 Jahren stehen. In einigen Bezirken steigt der Anteil der jüngeren Arbeitslosen bis zu 68 Proz.

Worin liegt die Ursache? Ein guter Teil dieser jungen Leute, die heute zu den Beweglichsten, aber auch zu den am meisten Gefährdeten gehören, reagieren menschlich auf einen von ihnen im tiefsten als ungerecht empfundenen Zustand so, daß sie sich sagen: Warum soll ich mich an irgendwelche menschlichen Gesetze binden, wenn umgekehrt die anderen mir gegenüber das menschliche Gesetz der Selbsthaltung nicht achten? Diese jungen Leute bilden heute nicht nur eine große politische Gefahr — sind das Klientel der beiden extremen Flügelparteien, von denen sie eine baldige Linderung ihres Elends erwarten —, sondern auch eine gesellschaftliche Gefahr, weil sie sich, wie ich schon sagte, an die bestehenden Grenzen der Gesellschaft nicht mehr ethisch gebunden erachten, und eine wirtschaftliche Gefahr im Hinblick auf die künftige industrielle Stellung Deutschlands. Denn wenn einmal der alte Stamm der hochqualifizierten Spezialarbeiter ausstirbt oder arbeitsunfähig wird, und wenn dieser Zustand des Heranwachsenden ungelerner oder nichtbirtig ausgebildeter Arbeiter andauert, dann sieht es um die Aussichten Deutschlands auf dem Weltmarkt verdammt schlecht aus.

Die Verkürzung der Arbeitszeit

Wenn meine Partei und die Gewerkschaften zu sehr drastischen Vorschlägen gekommen sind, um der Arbeitslosigkeit fühlbar zu Leibe zu gehen, und zwar binnen kürzester Frist, so aus dem Grunde, weil wir der Meinung sind, daß gegenüber der gigantischen, der über alles menschliche Verstandmaß hinausgehenden Rationalisierung selbst ein Anziehen der Konjunktur angesichts des vorhandenen mechanischen Apparats, angesichts aller der Einrichtungen und Methoden, die man mit dem Sammelnamen „Rationalisierung“ umreißt, ein gut Teil der Arbeitslosen übriglassen würde. In der Schuhindustrie z. B. ist die Produktion in den Jahren von 1927 bis 1930 — das statistische Ergebnis aus dem letztverflossenen Jahr liegt noch nicht vor — um 10 Prozent zurückgegangen, während die Arbeitslosenzahl in demselben Zeitraum um 60 Prozent gestiegen ist. Das Mehr ist weitgemacht worden durch arbeitsparende Maschinen. Die Folgerung ist sehr einfach. Auch bei günstigster Konjunktur würden ungefähr 30 Prozent der Schuharbeiter in der Schuhindustrie keine Beschäftigung bekommen.

Bei dieser Entwicklung sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften der Meinung, daß die Arbeitszeit angesichts des ganzen technischen Apparates und angesichts der arbeitsparenden Methoden weit unter 40 Stunden kommen könnte. Der Referentenentwurf, den das Arbeitsministerium jetzt zur Begutachtung durch die Gewerkschaften und Unternehmer vorgelegt hat und der nur acht Erwerbsgruppen umfaßt, kann uns durchaus nicht befriedigen. Wir verlangen die Ausdehnung der Arbeitszeitverkürzung auf alle Erwerbsgruppen.

Selbst dann, wenn es uns gelänge, im Zeitraum von vielleicht zwei, drei Monaten durch irgendein unvorhergesehenes Wunder in der Welt — sagen wir ausdrücklich Wunder — eine Konjunktur in Deutschland hervorzurufen, die ungefähr der von 1929 gleiche, selbst dann würden wir die vorhandene mechanische industrielle Apparatur, die sogenannte Wirtschaftskapazität, nur bis zu einem Maße von 75 Proz. ausnützen können. Was soll denn aber mit den anderen geschähen, die auch bei der günstigsten Konjunktur nicht in Arbeit kommen? Wer nimmt sich dieser, ich möchte sagen, beruflich Arbeitslosen an, der Schichten, die auch beim besten Willen nicht in Arbeit kommen können, wenn nicht radikale Maßnahmen getroffen werden, und denen nur geholfen werden kann, wenn alle Schichten in Deutschland unerhörte Opfer auf sich nehmen.

Wir müssen allerdings verlangen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit mit einem Einstellungszwang verbunden ist. Denn daß dieses ungeheure Opfer, das die

Arbeitserschaft auf sich nehmen soll, womöglich noch mit einem Gewinn auf der anderen Seite verbunden werden soll, daß man sich in den Glauben wiegt, man könnte mit einer verkürzten Arbeitszeit dasselbe Arbeitsquantum erreichen, diesen Glauben müssen wir energisch zerstören. Aus diesem Grunde müssen wir den Einstellungszwang fordern.

Die Arbeitsbeschaffung

Wir haben auf dem Krisenkongreß gleichzeitig mit der Forderung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für alle Erwerbschichten ohne Ausnahme auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt.

Wir wollen eine möglichst zweckmäßige und billige Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes. Die Kosten der Straßenedeninstandhaltung in Deutschland betragen jährlich zwischen 30 und 60 Pfennig je Quadratmeter. Unterbleibt diese Instandhaltung zwei oder drei Jahre, so entsteht infolge der steigenden Beschädigung der Straßendecken ein unvermeidlicher Kostenaufwand von 2,50 M. je Quadratmeter. Wir wollen Arbeiten zum Schutz bei Hochwassergefahr. Wir wollen, daß dem Kleinwohnungsbau namentlich im Hinblick auf die verzweifelten Verhältnisse in den Bauwerken, in denen bis über 90 und 92 Proz. Arbeitslose vorhanden sind, stärker geholfen wird. Wir wollen ferner die Aufwendung größerer Mittel für Hausreparaturen. Wir wollen trotz der Einwände der Leitungen stärkere Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Wir wollen zweckmäßige Siedlungsbauten, wobei wir allerdings insofern nicht mit der Regierung einig gehen können, als diese das Hauptgewicht auf die ländliche Siedlung legt. Mit der Hergabe von Land und mit dem Erstellen eines Hauses ist dem Siedler noch lange nicht geholfen, wenn ihm, namentlich wenn er vom Markt weit entfernt ist, nicht die Möglichkeit gegeben wird, seine Produkte bald und zwar gewinnbringend, abzusetzen. Er wird dann nach ganz kurzer Zeit dieser ihm zugewiesenen Scholle Raet sagen und die Arbeit, die er auf dieser Scholle geleistet hat, verfluchen, ganz abgesehen davon, daß man dem Siedler mit der Hergabe der Scholle und mit der Erstellung des Hauses und der Baulichkeiten noch lange nicht über den Zeitraum hinweggeholfen hat, bis er seine erste Ernte hereinbekommen hat.

Wir sind ebenfalls der Meinung und haben vor Jahren schon gewünscht, daß landwirtschaftliche Meliorationen größeren Ausmaßes erfolgen sollen.

Wir haben die Zuversicht, daß dieser Plan die Beschäftigung von 900 000 bis 1 Million Arbeitslosen mit zusätzlicher Arbeit auf die Dauer eines Jahres ermöglicht. Wir sind der Meinung, daß die Kostenrechnung, die dafür in Frage kommt — ein Betrag von 2 Milliarden Mark —, besser angeben wird, als wenn man diesen Betrag vielleicht für Tumultschäden ausgeben müßte.

Arbeitsdienst

In diesem Zusammenhang noch ein Wort über den Arbeitsdienst. Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind Gegner der Arbeitsdienstpflicht. Sie sehen auch im freiwilligen Arbeitsdienst nur die Möglichkeit der vorübergehenden Beschäftigung und Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser. Dabei machen sie die Einschränkung, daß der freiwillige Arbeitsdienst auch nur insoweit durchgeführt werden kann, als er die allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht gefährdet. Sie sind ferner der Meinung, daß der freiwillige Arbeitsdienst nur in Frage kommt in Form der zufälligen Arbeit für Jugendliche als ungelernete Arbeiter, nie für verheiratete, nie für ältere Arbeiter.

Gewerkschaften und Nationalsozialismus

Der Abgeordnete Straßer hat bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaften auch einige Artigkeiten gesagt. Er hat versucht, einen gewissen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Partei zu konstruieren. Dabei gestand er zu, bei den Gewerkschaften sei immer noch festzustellen, daß ein Teil der Führer aus der Arbeit herausgewachsen sei, daß aber auch diese Führer sich wieder einmal durch die Kabulistik fremdbürtiger Wissenschaftler ins Schlepptau nehmen ließen. Nun, wenn wir wirklich einmal Differenzen haben, dann werden sie überbrückt und aus der Welt geschafft. Ich glaube nicht, daß die Differenzen, die die Nationalsozialisten in ihrer Bewegung haben, immer so leicht überbrückt werden. Die Differenzen bei uns sind niemals so groß, wie sie auf Grund der Struktur der Nationalsozialistischen Partei in ihren Reihen sein müssen. Wie wenig aber diese Anbieterung an die freien Gewerkschaften der eigentlichen Grundeinstellung des Nationalsozialismus zu den Gewerkschaften entspricht, geht aus der Auseinandersetzung zwischen Hitler und Otto Straßer im Mai 1930 hervor. Damals hat Hitler seine Gedanken in folgender Form formuliert. Die großen Massen der Arbeiter wollen nichts anderes als Brot und Spiele.

Diesen Gedanken hat Hitler in dem Gespräche mit Otto Straßer als seine Grundauffassung festgelegt.

Diese Auffassung entspricht der Ueberzeugung Hitlers, die er in der gleichen Unterhaltung ausgesprochen hat, daß der Nationalsozialismus eigentlich nur durchzuführen sei auf der Basis einer Herrenmoral.

Im zweiten Bande seines Buches „Mein Kampf“, in der Ausgabe von 1927 auf Seite 257 schreibt Adolf Hitler:

„Wer in jener Zeit die marxistischen Gewerkschaften wirklich getrümmert hätte, um an Stelle dieser Internationalistischen Gewerkschaftsidee zum Siege zu verhelfen, der gehörte mit zu den ganz großen Männern unseres Volkes, und seine Blicke hätte bereinigt in der Walthalla zu Regensburg der Nachwelt gewidmet werden müssen.“

Es ist unverantwortlich, daß jemand, der sich hier als Drahtzieher aufspielt — denn er betrachtet die Gewerkschaften ja als den vernichtenden, die Arbeiterschaft erdrosselnden Drachen —, in dieser seiner Rolle fünf kostbare Jahre vergehen läßt; dann hat er doch seine geschichtliche Mission nicht erfüllt.

In der Ausgabe von 1930 sagt Hitler auf Seite 53:

„Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing schon damals die freie Gewerkschaft über dem politischen Horizont des einzelnen. Sie war eines der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Nation.“

Das sagt Hitler von den deutschen Gewerkschaften, die in ihrer gesamten Geschichte nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern für das ganze Volk Leistungen von größter nationaler Bedeutung aufzuweisen haben. Das gilt in gleicher Weise für die Jahrzehnte vor dem Krieg wie für die Kriegsjahre selbst und die Zeit nach dem Kriege.

Die Gewerkschaften werden sich auch durch die törichtsten und jedes geschichtlichen Verständnisses baren Anschauungen des Nationalsozialismus über den Sinn und die Funktion des Klassenkampfes in der Geschichte von der entscheidenden Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft nicht abbringen lassen. Weder die Sozialdemokratie noch die Gewerkschaften haben in den 70 Jahren ihres Bestehens den Klassenkampf erfunden, sondern sie haben ihn vorgefunden. Der wirtschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter entstand aus der Vereinigung des einzelnen, entstand aus dem fürchterlichen Zustand, daß der Arbeiter auf Grund des alten Arbeitsverhältnisses mit dem Arbeitgeber einen sogenannten freien Arbeitsvertrag abschließen konnte. Gewiß, er konnte es auch bleiben lassen, wenn er es nicht wollte und wenn ihm die Bedingungen dieses Arbeitsvertrages nicht gefielen. Aber man überkauf in der Rechtsprechung nur, daß die Zustimmung der Einseitiger beim Abschluß dieses ungerichteten Vertrages der Hunger stand.

Nun will ich über den Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften noch eins sagen. Das mag vielleicht von der Orthobozie auch in meinem Lager als eine Kezerei angesehen werden. Ich weiß aber, daß es im allgemeinen der Grundanschauung meiner Parteigenossen und namentlich meiner Gewerkschaftsfreunde entspricht. Das ist der Wesensunterschied zwischen den Nationalsozialisten und uns: Die Nationalsozialisten haben eine Bewegung ins Leben gesetzt und betreiben diese Bewegung mit allen Mitteln, um sie zu stärken, um sie künstlich wachsen zu lassen unter Herbeinahme, ich sage noch einmal, der heterogensten Erwerbs- und Bevölkerungsklassen. Die Organisation wird zum Selbstzweck. Dagegen betrachte ich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei — und das ist die Kezerei, die ich auspreche, von der ich aber weiß, daß sie von diesen in meiner Partei geteilt wird — nicht als Selbstzweck, sondern ich betrachte beide als Mittel zum Zweck. Sie sind Einrichtungen, deren sich die Arbeiter in absehbarer Zeit nicht entäußern können, wollen sie nicht schlimmsten Schäden erleiden. Sie sind Einrichtungen, die sich die Arbeiter geschaffen haben, Einrichtungen, zu denen die Arbeiterschaft trotz der Wetterwolken und trotz der Hagelschauer, die in den letzten Monaten über sie niedergegangen sind, steht.

Diese Ueberzeugung, in dem Gewittersturm zu dem in mehr als einem halben Jahrhundert für richtig Erkannten zu stehen und ihm die Treue zu halten, auszuhalten auf dem Wege, den man für richtig erkannt hat, das ist das starke Positivum bei uns, das die Nationalsozialisten mit dem ausgeklügeltsten Mittel der Aushöhung unserer Organisationen, das sie mit dem stärksten Terror, der von außen gegen uns angewendet wird, nicht überwinden können. Dieser Glaube der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft, der sich zu den freien Gewerkschaften bekennenden Arbeiterschaft, die mit Bismarck fertig geworden ist, die fertig geworden ist mit der Fuderbrotropolitik eines Wilhelm in seinen ersten Regierungsjahren, dieser unumstößliche Glaube an das für richtig Erkannte, dieser unumstößliche Glaube an den Sozialismus wird uns nicht nur diese Not überdauern lassen, er wird uns auch zum Siege führen.

Was ist nun richtig?

Kurios sind die Betrachtungen, die Mitarbeiter bürgerlicher Blätter über die Ursachen und Behebung der Krise anstellen. Man kann da manchmal auf vier Seiten die widerspruchsvollsten Dinge lesen. So steht auf Seite 314 der Zeitschrift „Notwinke“ (Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart) folgendes:

Die Wahrheit ist streng und nüchtern. Sie sagt uns, daß seit alters her nur ein Weg aus Elend und Armut nach oben führt: unermüdete Arbeit und eiserne Sparsamkeit. Die Selbstkosten müssen so weit herabgedrückt werden, daß wieder genügend Spielraum für einen ausreichenden Unternehmergewinn da ist.

Wir wollen uns nicht empören, der Mann hat recht! Die Krise wäre schon behoben, wenn das mit dem Unternehmergewinn nicht von so großer Bedeutung wäre. Und weil Unternehmer nie, aber auch nie den ausreichenden Gewinn zusammenbringen, darum geht es uns heute so dreadig.

Aber in derselben Zeitschrift auf Seite 318 heißt es: Solange die Industrie die öffentliche Hand allzu leicht anzut, sie dadurch fördert und ausbaut, kann sie zurückzudrängen und einzuschränken,

solange sie nicht ihr eigenes Beamtenheer in einem wirtschaftlich gerechtfertigten und erträglichem Maß hält, solange sie nicht nach neuen Wegen des Betriebes sucht und immer nur ganz mechanisch Erleichterungen durch Entlassungen erreichen will. (Von uns gelpertzt die Red.).

solange nicht erkannt wird, daß grundlegende, schwerwiegende Fehler im heutigen Verteilungsprozess vorhanden sind,

solange wird die Überzeugung der industriellen Erzeugnisse nicht aufhören; die Schere zwischen Rohprodukten und Industriepreisen wird sich nicht schließen.

So, nun werde du daraus klug, lieber Leser! Ich kann's nicht. Entweder stimmt der erste Absatz, dann kann man es dem Unternehmer nicht verdenken, wenn er am liebsten ohne Personal arbeiten will, um Löhne zu sparen, oder aber er wirft seine Arbeiter und Angestellten nicht auf die Straße, bezahlt sie anständig, wird in seinen Ansprüchen bescheiden und befehlt so die „schwerwiegenden Fehler im heutigen Verteilungsprozess“, wie es im zweiten Absatz ganz richtig heißt. Beides kann er nicht. Diese „Notwinke“ aus Stuttgart haben nur Wert als Druck-Erzeugnis, weil sie den grassierenden Arbeitern Beschäftigung geben. C. F.

Mitglied und Verband

Ein großer Verband ist natürlich nur bei einer großen Zahl von Mitgliedern möglich. Aber das einzelne Mitglied hat doch mehr als Nummer im Verband zu sein. 1000 Verbandssüßer bedeuten 1000 angeschlossene Menschen. Aber 1000 angeschlossene Menschen, was bedeuten sie? Sie können viel und wenig bedeuten. Ihr Wert hängt von den Energien jedes einzelnen ab. 1000 Menschen, dem Verbande zugehörig, doch jeder ohne hartes persönliches Wollen: es wäre nichts als Mitgliedschaft auf dem Papier. Aber jeder der 1000 ein ganzer Kämpfer. Jeder ein bewußt gewerkschaftlicher Mensch und Energien werden da getragen, gegen die die Zahl 1000 erblüht.

Das Ganze hat den einzelnen zur Voraussetzung. Ein Verband braucht starke Kämpfermengen. Gemeinschaft und Persönlichkeit sind in ihrem Wesen untrennbar.

Oft werden diese beiden Begriffe falsch verstanden. Gemeinschaft, so lagern die Gegner, sei etwas Unbestimmtes, Kernloses, Weichliches, ohne Charakter, Eigenart und Kraft. Und Persönlichkeit, so meinen so manche, auch unter uns, sei Individualismus, Vereinzlung.

Beides ist falsch. Gemeinschaft kann nicht ohne Persönlichkeit sein, und die echte Persönlichkeit wieder hat ihr Lebenselement nur in der Gemeinschaft.

Das der Kapitalismus braucht, das ist nicht die Persönlichkeit, sondern der Individualismus, der Einzelnen mit selbstlichem Denken. Er war der Mensch, wie ihn die bisherige ökonomische Entwicklung hervorgebracht hat, und nur hin und wieder reichte sich auch ein einsamer persönlicher Mensch mit unabhängigen, freiem, gemeinschaftlichem Willen aus den Zeiten heraus.

Doch die wirtschaftliche Wende der Geschichte, die wir heute erleben, bringt auch den neuen Menschen, wie ihn die Zukunft braucht. Den freien und brüderlichen Menschen, den Menschen, der Persönlichkeit und Bruder ist.

Es ist anders möglich, als daß sich ein Mensch sich mit Gleichgesinnten verbünden und fühlt? Daß er sich freudig der Gemeinschaft in solcher Idee gibt? Daß in ihm Gemeinschaft und Persönlichkeit eines ist?

Bisher herrschten Interesse im Leben. Es gab keine bindende sittliche Kraft. Durch die Wirtschaftsordnung war die Welt zerrissen in Klassen und Gruppen, in Hoch und Niedrig, Verschwendung und Not. Da konnte weder Gemeinschaft noch Persönlichkeit sein.

Kampf dem Selbstlichen! Kampf der Wirtschaft, die auf Selbstliches eingestellt ist! Alles für alle! Jeder frei und alle vereint als Bruder in Freiheit! Als Mitglied zugleich Kämpfer der Mensch! Mitgliedschaft erfüllt von Energien des Glaubens und der Wahrheit! Mitgliedschaft erfüllt vom heiligen Feuer der Idee!

Und so der Verband! Nicht von Nummern zusammengehalten, sondern durchglüht vom Glauben an höchstes Menschtum! Persönlichkeiten einer Liebe! Liebe aus Millionen Herzen freudig geschenkt!

Die Gemeinschaft der Zukunft hat ihre Wurzel in der freien Seele jedes einzelnen, so wie die Gewerkschaftsbewegung zu sojem Ziele ihre Energien aus dem gewerkschaftlichen Menschtum jedes Mitgliedes schöpft.

Dr. Gustav Hoffmann.

Konferenz der Zahlstellenleiter von Bayern (Gau 4 und 4a)

Am 20. Mai tagte im Restaurant Neuschwanstein in Augsburg eine Konferenz der Zahlstellenleiter Bayerns, um zu der gegenwärtigen Lage im Buchdruckgewerbe Stellung zu nehmen. Die von fast allen Zahlstellen Bayerns besetzte Konferenz nahm einen würdigen Verlauf, und die Vertreter waren von dem tiefsten Ernst der Lage erfüllt. Nach einem eingehenden für die Vertreter sesselnden Referat des Gauleiters, Kollegen Rehmeier, nahmen die Konferenzteilnehmer folgende Entschliessung an:

„Die Zahlstellenvorstände der Orte Bayerns, die heute in Augsburg versammelt sind, stellen sich einmütig hinter die Beschlüsse der letzten Konferenz des Verbandsvorstandes, des Beirats und der Gauleiter. Sie geloben, mit ihren Zahlstellenmitgliedern treu zum Verband zu stehen und dessen Beschlüsse in dem uns aufgezwungenen Kampf im Buchdruck ohne Rücksicht auf die eigene Person restlos auszuführen.“

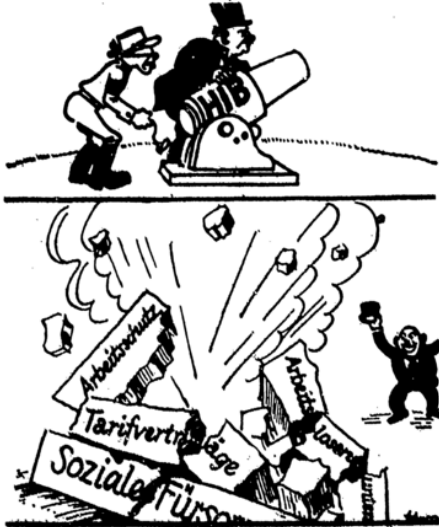
In der Aussprache kam einmütig der unbeugsame Wille zum Ausdruck, daß die graphische Hilfsarbeiterchaft fest entschlossen ist, die drohenden wirtschaftlichen Verschlechterungen abzuwehren.

Aus den Zahlstellen

München. Daß die Kollegenchaft den hart erlittenen Reichsstarif nicht ohne weiteres preisgeben will, bewies die am 25. Mai tagte, außerordentliche Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand nur der eine Punkt: Stellungnahme zum Kampf um den Reichsstarif. Dieses ergab, um die Mitgliedschaft zusammenzurufen. Der Vorsitzende wiederholte nochmals das Wichtigste von den Lohnverhandlungen und gab bekannt, daß die Unternehmer alle unsere Forderungen abgelehnt haben und von zentralen Vereinbarungen überhaupt nichts wissen wollen. Damit jedes Mitglied weiß, um was es sich handelt, machte er der Kollegenchaft klar, daß alle anderslautenden Abmachungen, abgesehen sind. Hierzu folgte eine lebhafte Diskussion, wobei noch einige Mißverständnisse beseitigt wurden. Die Ausführungen aller Disziplinarener seien sich dahin gehend bereinigen: wir bestehen auf dem alten Reichsstarif, andernfalls werden wir den Kampf aufnehmen. Der Bezirksvorsitzende vom Verband der Buchdrucker versicherte, daß wir der Unterstützung der Gehilfen in diesem Kampf sicher sein können, es werde alles getan, was zu tun sei, um den Hauptkampf der Unternehmer, die uns diesen Kampf aufgezwungen haben, abzuwehren. Er erwähnte die Kollegenchaft; treu zur Organisation zu halten und nicht wankelmütig zu werden, dann werden wir gefürht aus diesem Kampf hervorgehen. Den arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen wurde empfohlen, den eventuellen Einstellungsabsichten der Unternehmer während dieses Kampfes keine Folge zu leisten. Nun ist es Sache der Kollegenchaft, diesen Kampf abzuwehren, jeder nach seinen Kräften; wer sich kaufen läßt von den Unternehmern, trägt den Schaden selbst und wird, es später, bitter bereuen.

Dresden. Die Mitgliederversammlung für das Buchdruckerhilfspersonal am 24. Mai war überaus stark besucht. Ein erfreuliches Zeichen dafür, daß unsere Mitglieder es im entscheidenden Moment verstehen, ihren entscheidenden Kampf zum Ausdruck zu bringen. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten die Anwesenden die Ausführungen des Kollegen Herrmann, der in einem eindringlichen Referat in eindringlicher Weise über die ergebnislos verlaufenen letzten Tarifverhandlungen berichtete, unter besonderem Hinweis auf die Hauptvorstände, Gauleiter und Beiratsmitglieder, die in zweitägiger Sitzungsdauer nach reiflichen Beratungen einstimmig den Beschluß faßte, mit dem vollen Bewußtsein über dessen Bedeutung, die rigorosen maßlosen Unternehmerforderungen abzulehnen, da sie für die Hilfsarbeiterchaft einfach untragbar und daher unannehmbar sind. Bei der Bekanntgabe der auf dieser Konferenz beschlossenen Maßnahmen und Richtlinien für die nunmehrige Situation wurde wiederholt begeistert Beifall gezollt. Nach instruktiven Belehrungen über die Anwendung der von der Verbandsleitung erlassenen Richtlinien schloß Kollege Herrmann unter starkem Beifall seine Ausführungen. In der Aussprache kam nur einmütig der festentschlossene Abwehrwille und die Kampfbereitschaft aller zum Ausdruck. Nach einer treffenden Hervorhebung

Das wahre Ziel der Nazis!



über den Ernst der Lage und dem eindrucksvollen Appell, einig und geschlossen den Anweisungen der Verbandsleitung Folge zu leisten zur erfolgreichen Durchführung unseres Abwehrkampfes, schloß Kollege Täubrich unter brausenem Beifall die Versammlung. Anschließend an die Verbandsleitung schloß sich eine Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte an, in der Kollege Herrmann noch besonders wichtige Instruktionen erteilte und die bekanntgegebenen Richtlinien zum Verständnis aller einer genauen erläutern den Durchsprache unterzog.

Gien. Unsere sehr gut besuchte Versammlung am 26. Mai beschäftigte sich mit den von der Gau- bzw. Verbandsleitung herausgegebenen Richtlinien und Maßnahmen für den Tarifkampf. Die Versammlung begrüßte lebhaft die Tat, sprach der Verbandsleitung einstimmig das Vertrauen aus und forderte bei den kommenden Verhandlungen: Ablehnung jeder Verschlechterung.

Freiburg. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 25. Mai. In erhabenem Andenken gedachte man unseres lieben verstorbenen Kassierers Kollegen Keiter. Wir versieren in ihm ein aufrichtiges, pflichttreues Mitglied unserer Organisation. Es erfolgten verschiedene gefällige Mitteilungen. Sodann gab der Vorsitzende, Kollege Stiefel, einen längeren Bericht über die Lohnabbauforderungen der Unternehmer, und er legte in klaren Worten die kritischen Verhältnisse unserer Arbeits- und Lohnfragen dar. Aus der regen Diskussion war zu entnehmen, daß man der Ansicht ist, daß nun einmal mit dem Lohnabbauschluß gemacht werden muß, da uns ohnehin schon seit Januar 12 Prozent am Lohn abgebaut wurden. In einer Entschliessung spricht die Versammlung dem Verbandsvorstande, dem Verbandsbeirat und den Gauleitern ihr vollstes Vertrauen aus für ihre bisherige Tätigkeit und stellt sich restlos hinter die gefassten Beschlüsse, die sich gegen die unsozialen Forderungen der Arbeitgeber richten. Wir hoffen und wünschen, daß eine gerechte Lösung in dieser Hinsicht schon schweren Zeit möglich ist.

Hannover. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 10. Mai. Aus dem Bericht des Kollegen Spartzahl über die geseherten Tarifverhandlungen konnte man entnehmen, daß es der Wunsch aller Unternehmer war, den Lohn zu kürzen. Da die Einführung der Bierzigtundenwoche wahrscheinlich in nächster Zeit erfolgen wird, so würde uns eine Lohnsenkung doppelt treffen. Im übrigen, führte der Referent aus, müßte man erst abwarten, wie die Dinge sich gestalten, nur sollten die Mitglieder ja keine Unbesonnenheiten begehen, Kernere unterzeichnen oder private Abmachungen treffen. Sollten Kündigungen erfolgen, dann ruhig annehmen und dem Verbandsbüro sofort Nachricht geben. Auch für alle Zweifelsfälle ist immer Auskunft vom Verbandsbüro einzuholen. In der Diskussion meinte der Kollege Warnede, daß bei dem heutigen Tiefstand der Löhne an Abbauschluß nicht gedacht werden könnte. Kollege Widobil äußerte sich zu dem Verhalten der Buchdrucker während einer Arbeitslosigkeit. Die Einführung der Bierzigtundenwoche dürfte nicht auf Kosten der Arbeiter erfolgen, es müßte auf Neueinstellungen gedungen werden. Im Schlußwort erwiderte Kollege Spartzahl, daß der Buchdruckerverband es niemals aufheben würde, wenn sich die Gehilfen zu Hilfsarbeit bereit erklärten. Im übrigen schenke er den Verhandlern vollstes Vertrauen.

Vertrauensmännerchaft am 20. Mai. Nach Eröffnung der Sitzung begrüßte Kollege Widobil die gehaltenen, Vertreter unserer Bruderorganisationen: Es waren: Gauleiter, Beiratsreferent, der Buchdrucker, Steinbruder, Kithographen und Buchbinder. Die gemeinsame Konferenz des Verbandsvorstandes, des Verbandsbeirats und der Gauleiter hat die Zumutung der Unternehmer auf weiterer Lohnabbaueinstimmig abgelehnt. An diesem Beschluß ändert auch die Drohung der Prinzipale nichts, den Reichsstarif aufzuliegen zu lassen. Eine Lohnsenkung von 4 bis 11 Prozent ist einfach untragbar wie überhaupt jeder Lohnabbau. Im Steinbrud soll der angekündigte Abbau sogar bis 15 Prozent betragen. Die Vertreter unserer Bruderorganisationen gaben die Versicherung ab, daß sie solidarisch mit uns fühlen und nicht willens wären, falls es zur Aussperrung kommen sollte, mit Streikbrechern zu arbeiten. Im Schlußwort betonte Kollege Spartzahl, daß es sicherlich zu Kündigungen im Stein- und Buchdruck kommen würde, diese sind anzunehmen. Extraabmachungen dürfen in keinem Falle getroffen werden, alles, was zu regeln ist, regelt die Verbandsleitung. — Mitgliederversammlung am 25. Mai. Nachdem eine Vertretung sämtlicher Firmen festgestellt war, nahm Koll. Spartzahl das Wort. Die Ausführungen ergaben, daß sich von Unternehmerrseite bis jetzt noch nichts gerührt hat. Ob nun der Kampf mit Zermürbungsarbeit in kleinen Orten beginnt, oder ob er sich in breiter Basis abwickelt, müssen wir der Zeit überlassen. Über die Gauleiterkonferenz ist zu sagen, daß erfreulicherweise alle Vertreter der Meinung waren, daß die Abbauforderungen der Unternehmer zurückgewiesen werden müssen. In der Diskussion sprachen Kollege Widobil, Schröder und Hellmold. Alle Kollegen führten in der gleichen Weise aus, daß der uns aufgezwungene Kampf, wenn die Kollegenchaft sich einmütig hinter die Verbandsleitung stellt, nicht verloren werden kann. Nach einigen Aufklärungen forderte Kollege Spartzahl die Kollegenchaft auf, sich nur nach den herausgegebenen Richtlinien des Verbandsvorstandes zu richten. Die Kollegenchaft bringt unseren Verhandlern volles Vertrauen entgegen. Mit dem Ruf: „Kollegenchaft, übt Solidarität!“, wurde die Versammlung geschlossen.

Kassel. Eine zum 26. Mai einberufene Außerordentliche Mitgliederversammlung nahm Stellung zu den geseherten Tarifverhandlungen. In überaus verständlicher Weise gab Kollege Rißt einen kurzen Überblick über die augenblickliche Situation und das schamlose Vorgehen des graphischen Unternehmertums. Daß unsere Vertreter den Forderungen ihre Zustimmung verweigern, liegt klar auf der Hand und findet in der gesamten graphischen Hilfsarbeiterchaft Deutschlands freudigen Beifall. Mit größter Empörung nahm die Versammlung den Bericht entgegen. Die Diskussion zeitigte folgende Entschliessung: Im äßen Kampf um die Erhaltung des Reichsstarifs wird die graphische Hilfsarbeiterchaft Kassels jedes, auch das schwerste Opfer auf sich nehmen. Im Vertrauen auf ihre Führerschaft, in tiefer Verbundenheit mit ihren Bruderorganisationen, deren Solidarität sie sicher ist, wird sie alle Angriffe des Unternehmertums abzuhalten wissen und treu dem Wahlspruch: „In der Einigkeit liegt die Macht!“, allen Anordnungen ihrer Zentralleitung Gehorschaft leisten.

Wilm. Im großen Saale des Volkshauses fand am 22. Mai eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Heilmann über den Stand des Tarifkampfes referierte. Der Redner betonte, daß es den Unternehmern in ihren Forde-

rungen vor allem darauf ankomme, die Lohnbestimmungen des Reichstaxis durch lokale Vereinbarungen zu erreichen. Deshalb hätten sie trotz der angebotenen Nachverhandlungen es darauf angelegt, durch unerfüllbare Forderungen die Verhandlungen zu hinterziehen. Nicht die Provinzbetriebe, die nur als Ausführglied benutzt worden seien, wollten unerträgliche Verschlechterungen für das Hilfspersonal, sondern die Großdruck- und Zeitungsunternehmen seien es, die mit unverfüllter Bosheit den Vorstand herabriden wollten. Dem sei nur mit einem einheitlichen „Nein!“ zu begegnen. Die verantwortlichen Verbandsinstanzen hätten entsprechend beschlossen und die Wehr vorbereitend organisiert. Unter dem Befehl der Verammlung sagte er dann zum Schluss, daß nun nicht nur Kampfesfreude, sondern auch Kampfesgeist bewiesen werden müßte. Er forderte alle zur Bildung einer geschlossenen Verteidigungsfront auf. Namentlich hier in Köln wie auch im ganzen Tarifgebiet II hätten wir besonders wachsam zu sein, weil der Angriff auf unsere tarifliche Verhältnisse mit bemerkenswertem Eifer von einem Kölner Prinzipalvertreter nicht nur bei uns, sondern auch bei den Buchdruckerwerbungen betrieben worden sei. In der Diskussion sprachen verschiedene Verammlungsteilnehmer der Verammlung für ihr Verhalten das Vertrauen der Verammlung aus. Jeder war sich des Ernstes der Stunde bewußt. Aber jeder war auch von dem Glauben an den Sieg erfüllt. — Der Kölner Vertreter der Buchdruckerarbeiten erklärte vor der Verammlung, daß das großstädtische Hilfspersonal der Kölner Druckerarbeiten auf die Buchdruckerarbeiten rechnen könne, wenn getreift werden müßte. — Im Anschluß an die Verammlung verhandelte der Vorstand mit etwa 20 Jahrestellenleitern aus dem Gau Rheinland-Westfalen noch eingehend über die tariflichen Fragen, die durch die kritische Situation des Tarifkampfes auf geworden sind.

München. Am Sonntag, dem 22. Mai, fand eine Nachtarbeiterverammlung statt, in der Kollege Schmid über das Ergebnis der letzten Lohn- und Tarifverhandlungen berichtete. Nicht genug mit den Verschlechterungen in Nachtzuschlägen, Überstundenvergütung und Urlaubsbezahlung, die durch den abgeschlossenen Manteltarif der Buchdrucker auch hinngemäß auf uns übergehen sollen, verlangen die Unternehmer, denen unser Reichstaxi seit langem schon ein Dorn im Auge ist, auch noch erhebliche Lohnabsätze. Unsere Verandler konnten auf keinen Fall der Mitgliedschaft noch eine weitere Verschlechterung ihrer Lage zumuten und beschlossen in einer eilig einberufenen Konferenz des Hauptvorstandes, Beirates und der Gauleiter, die ultimativ gestellten Forderungen der Unternehmer abzulehnen. Redner verlas dann die in besagter Konferenz gefassten Beschlüsse und ermahnte die Kollegen, sich genauestens daran zu halten und in dem gegenwärtigen tariflosen Zustande nichts zu tun, was den Gesamtinteressen zuwiderlaufe. In der Diskussion wurde mit aller Deutlichkeit erklärt, daß nun endlich einmal wirklich Schluss sein müßte mit dem ewigen Abbau, daß die Mitglieder nicht geonnen sind, weiteren Druck zu ertragen. Eine Abmahnung ergab, daß sämtliche Anwesende sich mit der Wagnahme der Organisation einverstanden erklärten. Am 24. Mai fand dann eine allgemeine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Lehmeier, von Kollegen Alb. Schmid gut unterstützt und ergänzt, über das gleiche Thema referierte. Auch hier wurden die gefassten Verhandlungen wieder eingehend geschildert und den Mitgliedern alle zur Situation nötigen Ratschläge gegeben. Die Verammlung, in der wir auch den Kollegen Springer aus Leipzig als Gast begrüßen konnten, war einmütig über die Fälligkeit der Unternehmer und stellte sich ebenfalls wieder einmütig hinter ihre Verandler, bereit, ihre Position aufs äußerste zu verteidigen.

Köln. Die äußerst angespannte tarifliche Lage erforderte es, daß die Jahrestelle eine dringende Verammlung abhielt. Den 25. Mai, unter Hinzuziehung des Ortsvorstandes der Buchdrucker, Buchbinder und der Betriebsräte, die von unseren Mitgliedern zahlreich besucht war. In der Verammlung referierte der Gauleiter, Kollege Heilmann, der nochmals den Anwesenden die Tarifbewegung vom Anfang bis zu dem heutigen Stand vor Augen führte. Auf diese Ausführungen nochmals eingegangen, erübrigt sich, da dieses Thema in dem Verbandsorgan genügend beleuchtet worden ist. Aus der Stimmung der Verammlung war zu entnehmen, daß die Mitgliedschaft getreu den Parolen des Verbandsvorstandes Folge leisten wird, um das Einkünfte zu erhalten. Die Kollegenhaft bringt nach wie vor den Verbandsinstanzen vollstes Vertrauen entgegen. Die Gehilfenchaft an Orts ließ durch ihren Vorsitzenden erklären, daß sie den den Hilfsarbeitern ausgesetzten Kampf unterstützen werde. Nach Abschluß der Verammlung fand noch eine Besprechung statt mit der Kollegenhaft der Neuwieder Auerfabrik, um das Ergebnis der Verhandlung entgegenzunehmen, die der Kollege Heilmann geführt hatte. Die Besprechungschaft hatte entschieden, im Angesicht der schlechten Konjunktur dem Vertrag zuzustimmen, um zu gegebener Zeit bessere Bedingungen herauszuholen. Dem Kollegen Heilmann wurde für seine Verhandlungen, die nur von dem Gesichtspunkt geleitet wurden, das Beste für die Kollegenchaft herauszuholen, Dank abgeleitet.

Stuttgart. In einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung im Festsaal des Gewerkschaftshauses sprach am 23. Mai unser Gauleiter, Kollege Werner, über die in Berlin geführten Lohn- und Tarifverhandlungen. Nachdem man im Vorjahre schon 6 und in diesem Jahre weitere 13 Prozent und außerdem auch die Leistungszulagen bei auf einen kleinen Rest abgebaut hat, mutet man dem Hilfspersonal wiederum bis zu 15 Prozent Lohnabbau zu. Dilemme: Vorgehen der Unternehmer haben der Verbandsvorstand, Beirat und die Gauleiter ein glattes Nein entgegengelegt. Sollten die Unternehmer zum Angriff übergehen, so werden sie ins Gerüst finden. Jetzt heißt es zusammenhalten, jeder einzelne muß über die Tragweite der Situation aufgeklärt werden, Wandelmühte darf es nicht geben. Sonderabmachungen sind unter keinen Umständen abzuschließen und müssen zurückgewiesen werden. Wir wollen, daß unser Reichstaxi in seiner jetzigen Form erhalten bleibt. Mit einem Appell an die Verammelten, den uns ausgesetzten Kampf aufzunehmen, schloß Kollege Werner seine Ausführungen. In der Diskussion kam einmütig zum Ausdruck, daß der Standpunkt der Verbandsinstanzen der einzig richtige war. Ein nochmaliger Lohnabbau wurde von allen Rednern für untragbar gehalten. Das Vorhaben der Unternehmer muß mit allen Mitteln vereitelt werden. Nachstehende Entschließung fand gegen wenige Stimmen (denen die Entschließung nicht weit genug ging) Annahme: Nachdem wir im Vorjahre schon 6 Prozent und durch die 4. Novemberordnung weitere 13 Prozent Lohnabbau haben über uns

ergehen lassen müssen, ist eine weitere Lohnsenkung für uns nicht mehr tragbar. Die Absiehung dieser Zumutung der Unternehmer seitens unserer Verbandsinstanzen war deshalb die einzig richtige Antwort. Die Verammelten werden im Interesse der Selbsterhaltung den von den Unternehmern im Buchdruckerberufe herausgeschorenen Kampf aufnehmen und zur Durchführung bringen, indem sie sich verpflichten, die Anweisungen des Verbandsvorstandes strengstens zu befolgen. Insbesondere verpflichten sich die Verammelten, keinerlei Sonderabmachungen mit den Unternehmern zu treffen. Zu einem Neubeschluss ist nach wie vor nur der Verbandsvorstand berechtigt. Überfallige Verammelungen in Karlsruhe am 24. Mai, in Lahr am 25. Mai und in Ulm am 26. Mai äußerten sich zum Schluss alle im Sinne vorstehender Entschließung.

Jittau. Mitgliederversammlung am 25. Mai. Kollege Bär gab in kurzen Umrissen einen Bericht über die Mantel- und Lohnverhandlungen der Hilfsarbeiterorganisation mit den Vertretern der Bringpale und berichtete dann über die außerordentliche Gautagung in Dresden. Die Kollegenhaft war entrüstet darüber, daß die Unternehmer, nachdem sie mit den Gehilfen auf friedlichem Wege einen neuen Tarif ohne Lohnabbau zustande gebracht haben, ausgerechnet der Hilfsarbeiterhaft einen Lohnabbau aufzwingen wollen. Die Verammlung brachte in einer Entschließung einmütig zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt ist, einen weiteren Lohnabbau in Kauf zu nehmen. Sie verspricht, fest und treu zur Organisation zu stehen und in dem uns ausgesetzten Kampfe auszuhalten. Dann erstattete Kollege Bär noch einen kurzen Bericht über den Gantag in Bischofsberda und schloß die Verammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

Mundschau

Unternehmerkreischen. In der mühseligen Textilindustrie war der Lohnsturz zu erneuern. Die Unternehmer hatten dazu geordert, die Löhne der Männer um 12 und die Löhne der Frauen um 24 Proz. zu kürzen. Stellt schon allein diese Forderung eine bodenlose Frechheit dar, so wurde diese noch übertroffen durch die Verhandlungen selbst. Die Vertreter der Unternehmer machten die Schlichtertarner beschlußunfähig, indem sie die Sitzung verließen. Wir haben hier den Fall einer glatten Sabotage einer faktischen Eintrichtung. Nur weil die Unternehmer vom heutigen Staat mit Glacchandschuhen angezogen werden, können sie sich derartiges erlauben.

Die Frucht vor der Ehe. Die Heiratshäufigkeit im Deutschen Reich wird durch die Wirtschaftskrise entschieden beeinflusst. Im Jahre 1931 wurden insgesamt 615 411 Ehen geschlossen, das sind rund 47 200 weniger als im Jahre 1930, 73 000 weniger als im Durchschnitt von 1928/29 und rund 94 000 weniger, als nach der Zahl der im Heiratsalter stehenden Männer zu erwarten war. Einmalig ist das Jahr 1930 beläuft sich der durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise verurteilte Ausfall an Eheschließungen bis jetzt auf insgesamt 134 000. Alle Momente berücksichtigend, dürfte die Zahl der Haushaltsneugründungen sich gegenwärtig um über 200 000 im Rückstand befinden. Dementsprechend ist auch die Geburtenhäufigkeit ständig gesunken. Im Jahresdurchschnitt 1931 erreicht die auf 1000 der Gesamtbevölkerung berechnete Lebendgeborenenzahl nur noch 16,0 gegenüber 17,5 im Jahre 1930, 17,9 im Jahre 1929 und 20,9 im Jahre 1913. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer bei den gebärfähigen Männen und Frauen betrug 1931 (1913 = 100) 63. Auch die Geburtenhäufigkeit wird durch die Lebenslage in der Krise sehr beeinflusst. Mit dem Ergebnis von 1931 dürfte Deutschland die niedrigste Geburtenziffer der Welt erreicht haben. Wenn man den Rückgang der Eheschließungen und der Geburtenziffern als ernstes Problem für Volk und Staat erkennt, so muß man auch die Verletzung dieser zurechenbaren Kräfte bemüht sein. Wenn es schwer ist, sich selbst durchs Leben zu bringen, wird niemand daran denken, einen neuen Hausstand zu gründen.

Naube Kämpfe. In Hamburg hat man einen regelrechten Kampf gegen die Festschreiben des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ eröffnet, der am 10. April, dem Tage der Reichspräsidentenwahl, seinen Höhepunkt erreichte, aber auch in den darauffolgenden Tagen fortgesetzt wurde. In den Stadtteilen Barmbeck und Hammerbrook, in den Vororten Steinkamp, Fierbrook und Groß-Flottbek wurden die großen Scheiben der Verteilungsstellen in Scherben geschlagen. Bisher gelang es, eine Anzahl Nationalsozialisten als Täter festzustellen. Man muß die Frage stellen, welches Interesse die Übeltäter eigentlich daran haben mögen, den Glasversicherungsgesellschaften Schaden zuzufügen. Aber Leute, die auf so rohe und dumme Weise Konsumvereinsbekämpfung betreiben, kann man nicht viel Einhalt zutrauen. Immerhin bleibt die hebauerliche Tatsache bestehen, daß solche Vandalentaten von Menschen ausgeführt werden, die sich noch wichtig fühlen.

Naturfreunde-Ferienheime laden zum Besuch ein. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ hat für die wertvolle Volk die zur nötigen Stätten der Erholung geschaffen. 400 Naturfreunde sind durch die hingebende und opferbereite Tätigkeit der Naturfreunde entstanden. In allen deutschen Landschaften, im Flachland ebenso wie in den Mittelgebirgen und im Hochgebirge stehen diese Zeugen der gegenseitigen Hilfe und der Schaffenskraft der Naturfreunde. Nicht für die Mitglieder des Vereins allein, sondern für die gesamte wertvolle Volk haben die Naturfreunde diese Stätten der Erholung geschaffen. Ursprünglich nur als Wanderheime gedacht, sind zahlreiche Naturfreundehäuser im letzten Jahrzehnt zu Ferienheimen ausgebaut worden. Darüber hinaus sind große, bestene eingetragene Ferien- und Erholungsheime gebaut worden mit allen Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten für den Ferienaufenthalt. Die großen Heime sind bewirtschaftet, um auch der vielgeplagten Hausfrau Ferien vom Küchenherd zu ermöglichen. Die Preise für Unterkunft und Verpflegung sind dem schmalen Geldbeutel des einfachen Mannes angepaßt. Außerdem stehen aber auch Heime mit Selbstkocher-Gelegenheit in großer Zahl zur Verfügung, in denen für ganz wenig Geld ein angenehmer Ferienaufenthalt möglich ist. Die Reichsleitung der Naturfreunde brachte soeben einen Prospekt heraus, der auf die vielen Möglichkeiten zur Verbindung der Ferien in Naturfreundehäusern hinweist. Auf 20 Seiten gibt der prächtige Prospekt Einblid in das bestehende Werk der Naturfreunde und zeigt einen Teil der als Ferien-

heime bestens geeigneten Naturfreundehäuser, die von der breiten Masse des wertvollen Volkes noch mehr als bisher benutzt werden sollten. Den Bildern sind Angaben beigegeben über Lage und Einrichtung der Heime, über Käfigungs- und Penjionspreise u. a. Interessenten erhalten den Prospekt bei allen Ortsgruppen, Reisebüros und Wanderausstellungsstellen der Naturfreunde kostenlos. Auf Anforderung erfolgt kostenlose Zusendung auch von der Reichsleitung des T. N. „Die Naturfreunde“, Nürnberg 7, Sünderstraße 57.

Kanada und Neufelnd — weshalb schludten sie den Frosch? Vor zwei Jahren hat die kanadische Regierung, dem Drängen bestimmter Agrarinteressen nachgebend, die Buttereinfuhr aus Neufelnd durch Abschaffung der Vorzugszölle völlig unterbunden. Da die Butterausfuhr in Höhe von 13½ Millionen Pfund Sterling fast die ganze Ausfuhr Neufelnds nach Kanada ausmachte, hörte die Ausfuhr dieses britischen Dominions nach Kanada fast gänzlich auf. Als Gegenmaßnahme hat dann Neufelnd die Einfuhr aus Kanada durch hohe Zölle zunächst auf Automobiler, dann auf andere Artikel, abgeregelt, so daß auch die kanadische Ausfuhr nach Neufelnd praktisch aufhörte. Derart boten die beiden britischen Dominions das Schauspiel eines Bruderkampfes, der für beide Teile nur Schaden brachte. Nach zwei Jahren Zollkrieg wurde nun das Kriegsbeil begraben. Kanada wird in Zukunft die Butter Neufelnds zu einem fast auf die Hälfte herabgesetzten Zoll hereinlassen, Wolle und Häute sogar zollfrei, während Neufelnd die Zinsermisse der kanadischen Industrieausfuhr aus dem Wege räumt, indem es den Automobilen, dem Holz, Papier und anderen Produkten Kanadas die britischen Vorzugszölle wieder gewährt. So stehen die beiden Dominions noch zwei Jahren Zollkrieg auf dem gleichen Punkt wie an dessen Beginn. Es schieben nur der Schaden und der Verdruß. Man wird an die alte Anekdote erinnert: Zwei junge Burshen gehen eine Wette ein, wer von ihnen einen Frosch schlucken will, der soll 5 Mark vom andern kriegen. Zuerst schludt der eine den Frosch und bekommt 5 Mark. Dann tut der zweite dasselbe und erhält seine 5 Mark zurück. Nach voll Beendigung dieser unappetitlichen Prozedur fanden sie mit langen Gesichtern da und fragten einander: Weshalb haben wir eigentlich den Frosch geschluckt? Was Kanada und Neufelnd vor zwei Jahren taten, um es jetzt erst zudägenig zu machen, das wird jetzt von den übrigen Ländern in und außerhalb Europas getrieben. Wir wissen nicht, wie lange dieser Zustand noch dauern wird. Eins ist aber sicher, am Ende werden sie alle mit betrübter Miene fragen: Warum schludten wir den Frosch?

Literatur

Das Aprilheft der „Sozialistischen Bildung“, herausgegeben vom Reichsausführer für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, beschäftigt unter dem Titel „Die Krise der Arbeiterbewegung“ die Situation der gewerkschaftlichen und kulturellen Arbeiterverbände gegenüber der Erhaltung des Theaters einen Artikel des Reichsausführers des Volksbühnenverbandes M. P. r o d e t aus „Deutscher Volk“ und einen weiteren Artikel von G. m u n d e r in „Die Arbeiterbewegung“ und die dramatische Kunst“. Ein Artikel von H. e d. B. u d. u. b. „Die moderne Staatslehre und die sozialistische Bildung“ ist dem Problem der Staatsüberwindung und Staatsveränderung gewidmet. Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Die Arbeiterbewegung“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preis von 30 Pf. pro Vierteljahr durch die Post oder den Verleger J. H. H. Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Verlag stellt Probeausgaben gern zur Verfügung.

Der Volksrat, der amerkant modernste und bestausgestattete Führerführer für alle Haushalte, macht allem im nächsten Heft die erfolgreiche Linie. Neben dem großen Europa-Programm, illustrierten Eindeutigkeiten und kritischen Betrachtungen wird keine Familienunterhaltung in reichbildender und spannender gefassten Neoversionen geboten. Erob besser Anschaulichkeit in Zeichnung folgt das 48 Seiten starke Heft im Einzelheft 25 Pf., monatlich 90 Pf. und 6 Pf. Zuzuschlag. Der „Volksrat“ kann bei der Post, von der Bundabteilung oder beim Volksrat-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, bestellt werden. Das Internationalistische Verlagswerk (Voa.) Hamburg 36, Reichsstraße 17, 18, bietet in diesem Heft einen Antiquaritätskatalog unter dem Titel „Sozialismus und Arbeiterbewegung“ heraus. Der über 300 Nummern umfassende Katalog bringt auf etwa 100 Seiten die wichtigste sozialistische Literatur von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Darunter befinden sich seltene und wertvolle Schriften bedeutender Vertreter des Sozialismus. Außerdem sind die Gebiete des Kommunismus und Anarchismus in zwei Sonderabteilungen mit über 400 Werken vertreten. Der Katalog wird an Interessenten gegen Verrechnung von 30 Pf. (in Marken) abgegeben.

Am 28. Mai verschied nach einem hartnäckigen Leiden unser langjähriges Mitglied, der Anwalde

Ernst Neumann

Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder der Zahlstelle Darmstadt.

Am 27. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied, Kollege

Alfred Wilschke

(früher bei der Firma Peterzen)

im Alter von 25 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Hannover.

Infern 2. Vorsitzenden, Kollegen **Wili Hoffmann** zu seiner **Bermählung die herzlichsten Glückwünsche.**
Die Mitglieder der Zahlstelle Siegen.

Abrechnungen

Zur der Woche von 23. bis 28. Mai sind die Abrechnungen des 1. Quartals für Gau 1 aus Köln, Gau 3 aus Stuttgart, Gau 4 aus Mönchen und Gau 7a aus Breslau bei der Verbandschaft eingegangen.

Geldsendungen kamen aus Köln 4360,30 M., Berlin, den 28. Mai 1932. **Heinrich Loda hl.**

Für die Woche von 29. Mai bis 4. Juni ist die Beitragsmarke in das 25. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: **R. S. n. a. c.**, Charlottenburg. Kreisverteilung: **H. P. n. o. r.**, Amt Westend 1328. — Verlag: **H. P. n. o. r.**, Charlottenburg. Herausgeber: Verband der arbeitslosen Hilfsarbeiter u. arbeitslosen Deutschen. Verbandsvorstand: Charlottenburg 9, Kreisverteilung: **H. P. n. o. r.**, Amt Westend 1328. — Druck: Buchdruckwerkstätte G. H. S., Berlin SW 61, Dreifundstraße 5.